Zeitschrift: Pionier : Zeitschrift für die Übermittlungstruppen

Herausgeber: Eidg. Verband der Übermittlungstruppen; Vereinigung Schweiz. Feld-Telegraphen-Offiziere und -Unteroffiziere

Band: 41 (1968)

Heft: 9

Artikel: Sicherheit wird nicht geschenkt

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-562313

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheit wird nicht geschenkt

–UCP– Der Kommandant der Landesverteidigungsakademie, Generalmajor Emil Spannocchi, hat unlängst im Rahmen eines Vortrags im «Donaueuropäischen Institut» in Wien zum Thema «Österreichs Sicherheit in der Machtpolitik der Welt» Stellung genommen. In Anbetracht des hohen Grades der Aktualität dieses Themas gibt die Österreichische «Bundesheer-Illustrierte» diesen Vortrag nachfolgend auszugsweise wieder.

Einführend geht der General von dem Phänomen aus, dass einerseits das Streben nach Sicherheit bis zur Vermeidung beinahe jeden Risikos ein fast typisches Zeichen der weissen Welt von heute ist, während andererseits neben dieser Welt unter dem Eindruck der Machtphänomene der Nuklearära scheinbar an keinerlei Sicherheit mehr zu glauben ist. In dieser Situation hat Österreich, zweifellos aus dem Streben nach Sicherheit, im Jahre 1955 die immerwährende Neutralität als politisches Ziel gewählt. Wie die Mehrheit des Volkes wohl glaubte, als ein relativ billiger Weg, eben die eigene Sicherheit durch eine Absentierung aus Handlungsverpflichtungen der Welt zu erkaufen. Bis heute aber haben sich die wenigsten Österreicher ehrlich darüber Rechenschaft gegeben, was diese Neutralität als Kaufpreis für ein Beiseitestehen abseits der Konflikte der grossen Welt eigentlich kostet.

Wir verstehen unter Neutralität im allgemeinen lediglich, das Recht für uns ableiten zu dürfen, dass, wenn andere Mächtegruppen in Streit geraten, dies Österreich wenig oder gar nichts «angeht». Dass dieses Recht auf Sicherheit erhebliche Pflichten mit sich bringt, diese sogar voraussetzt, wird zwar unbewusst gefühlt, aber bis zur Erkenntnis, dass dies dann ausserordentliche Pflichten mit sich bringt, meist nicht einmal im Durchdenken realisiert.

Auf diese Weise glauben viele Österreicher, eine spezielle Form von Neutralität definieren zu dürfen, sozusagen eine solche «sui generis», und übersehen dabei, dass die von diesem Land verkündete und von den 64 wichtigsten Staaten der Welt anerkannte Neutralität nach ganz bestimmten Punkten ausgerichtet sein muss, um im gegenseitigen Interesse, also zwischen Österreich und seinen politischen Partnern, auch eine echte Funktion zu haben, eine Sicherheitsfunktion für beide Teile.

Ist aber die Sicherheit im Nuklearzeitalter überhaupt erreichbar, wenn sich die Politik anderer als der üblichen Mittel bedient, solcher der Gewalt zum Beispiel, die sehr sichtbar einen gewaltigen Umfang erreicht haben?

Diese Frage, die jeden politisch denkenden Bürger des Landes mehr als nur unterschwellig beschäftigen müsste, kann nur auf rationalem, also analytischem, Weg behandelt werden. Zunächst einmal der rein technische Teil dieses Problems: Die politisch souverän handelnden Grossen dieser Welt verfügen heute über ein Äquivalent von 45 Milliarden Tonnen herkömmlichen Sprengstoffes. Wenn der Einsatz dieser Gewaltmittel politisch ebenso möglich wie technisch durchführbar ist, dann ist jedes Streben nach Sicherheit irrational. Diese Tatsachen, ebenso wie die Verhaltensweise der handelnden Mächte seit dem Jahr 1945, also seit beinahe einer Generation, führen aber auf empirischem Wege zu völlig neuartigen Erkenntnissen.

Diese Machtmittel wurden und werden von den Grossen nur für ihre letztentscheidenden Probleme reserviert, die bis heute solcherart auch tatsächlich blockiert wurden, da jeder technisch denkbare Sieg nach Einsatz dieser Superwaffen politisch seinen Sinn verloren hätte. Diese «Pax atomica» auf der obersten Ebene hat aber teilweise zu einer Destabilisierung in den politischen Bereichen geführt, die für die Grossen nicht vital sind. Es gibt also einen Kausalzusammenhang zwischen dem Wert eines politischen Zieles, um das es geht, und den Mitteln, die zu seiner Erreichung eingesetzt werden. Anders wäre die Welt ja schon längst «aus ihren Angeln gehoben». Etwa 50 Konflikte seit dem Jahr 1945 sind ein echter empirischer Beweis für diese Tatsache, aus der abgeleitet werden kann, dass auch die Sicherheit im Zusammenhang mit dem eigenen Wert steht und dass daher auch der Kleine für eben diese Sicherheit ausserordentlich viel beitragen kann.

So war es bis heute. Die Frage, ob es so bleiben wird, ist aber beunruhigend. Es ist schwer glaubhaft, dass die Führungsmächte gigantische Investitionen in einem Arsenal anlegen, das sie letzten Endes ihrer Handlungsfreiheit beraubt. Solange die Konfliktsituation bestehen bleibt, wird es auch ein Bestreben geben, innerhalb derselben zumindest zu Teilentscheidungen zu kommen. Das wird aber nur möglich sein, wenn der im eigenen Lager zu befürchtende Schadensfaktor begrenzt werden kann. Die Symptome für derlei Bestrebungen sind innerhalb der nächsten zehn Jahre, beginnend ab heute, unübersehbar. Die Antiraketensysteme, die Nonproliferation und die Schadensbegrenzungsprogramme in den Lagern der Grossen sprechen eine deutliche Sprache.

Am Ende dieser technischen Entwicklung wird es den Führungsmächten möglich sein, bei einer drohenden Auseinandersetzung sich gegenseitig beweisen zu können, dass ihr gegenseitiges Risiko kalkulierbar und keine gewisse — noch tragbare — Grenze überschritten wird. Dann aber werden auch Räume in die Gewaltmanipulation hineinbezogen werden, die bis heute als Tabu galten. Ein derartiger Raum ist aber auch Zentraleuropa, und den Vorteil, in ihm zu liegen, hat Österreich bisher mit einem Minimum an eigenen Anstrengungen in relativer Sicherheit honoriert erhalten.

Diese Situation aber wird sich mit grosser Wahrscheinlichkeit ändern. Die Bedrohung wird steigen, wenn auch hier wieder in einem echten Zusammenhang mit dem politischen Wert des Landes. Dieser aber ist in den Maßstäben der Welt lange nicht mehr so gross, wie es die gefühlsmässige Einstellung, bedingt durch die Geschichte, scheinbar ausweist. Österreich liegt zwar an der Demarkationslinie zwischen Ost und West. Sein Besitz oder Verlust entscheidet aber nicht mehr allzuviel. Die daher für Österreich abzweigbaren Mittel der Gewalt werden sicher in eine demgemässe Proportion gebracht werden müssen, um eine Kettenreaktion zu vermeiden, die den politischen Maßstäben nicht entspricht.

Das aber heisst wieder, dass das in Österreich verfügbare Potential auch erfolgversprechend dazu eingesetzt werden kann, die Sicherheit im Weg der Neutralität durch eine Abschreckung zu gewährleisten, die auch tatsächlich dem eigenen Wert gemäss ist. Das Ziel, das die Schweizer neutralen Nachbarn mit der gängigen Überschrift des «hohen Eintrittspreises» definieren, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Österreich zugänglich. Nur wird diese Sicherheit nicht geschenkt werden. Sie hängt beinahe ausschliesslich davon ab, dass die bisherigen Überlegungen stichhaltig waren.

Allerdings müssen dann intern die Werte dementsprechend

Ein Wellenplan fürs Weltall

Der Hamburger Physiker Heinrich Hertz, der vor 75 Jahren zum ersten Male die Ausbreitung elektromagnetischer Wellen demonstrierte und damit die Grundlage für das Funkwesen schuf, konnte kaum ahnen, welch gewaltiger Bereich sich seinen «Hertzschen Wellen» eines Tages öffnen würde. An diese goldenen Anfangszeiten des drahtlosen Fernmeldewesens mochten sich jetzt die über 400 Delegierten der Internationalen Fernmelde-Union erinnern, als sie sich in Genf der Aufgabe widmeten, wieder einmal Frequenzen zu verteilen.

Diesmal ging es darum, einen Wellenplan für den Weltraumfunk aufzustellen. Denn seitdem es von Menschenhand geschaffene Erdsatelliten und Raumsonden gibt, seit dem nun schon historischen «Piep-piep» von «Sputnik I», haben sich unzählige Sender und Empfänger in den künstlichen Monden und den Bodenstationen in das internationale Konzert der Morse-, Telegraphie-, Telephonie-, Fernseh-, Rundfunk-, Mess- und Peilsendungen hineingezwängt. Es war also Eile geboten, wenn man einen heillosen «Wellensalat» verhüten wollte.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Konferenz gehört zweifellos der Beschluss, eine Art «Raumnot-Welle» für Havarien im bemannten Weltraumflug zu reservieren. Solchen Notfällen ist künftig die Frequenz von 20 007 Kilohertz im Kurzwellenbereich vorbehalten. Weltraumpiloten sollen bis auf weiteres die herkömmlichen internationalen Notsignale mitbenutzen: SOS für Radiotelegraphie und MAYDAY (französisch: m'aider = Hilfe!) im Funksprechverkehr.

Die Internationale Fernmelde-Union hat mit dieser Entscheidung weit in die Zukunft gegriffen. Noch gibt es in absehbarer Zeit kein Raumflugobjekt, bei dem die Weltraumfahrer nicht ohnehin mit der Erde ständig in Funkverbindung stehen würden, geschweige denn Möglichkeiten einer Rettung aus Weltraumnot, obwohl Ingenieure und Wissenschaftler sich darüber bereits ernsthaft Gedanken machen. Aber auch der wohl erste SOS-Notruf der Geschichte, am 15. April 1912 von der untergehenden «Titanic» ausgesandt, war schon sechs Jahre vorher auf der 29-Staaten-Funkkonferenz in Berlin kodifiziert worden. Die Vertreter von 70 Ländern, die sich in Genf nach fünfwöchigen Beratungen trennten, hatten aber auch noch viele andere Frequenzbänder der Kurzwellen, Ultrakurzwellen, Dezimeter-, Zentimeter- und Millimeterwellen darauf zu überprüfen, welche von ihnen der Funktechnik des Weltraumzeitalters überlassen werden sollten. Und sie waren dabei nicht kleinlich. Die Liste der ausgewählten Frequenzen umfasst nicht weniger als 50 Positionen mit annähernd 15 Prozent des gesamten elektromagnetischen Wellenbereichs. Auf der Genfer Funkkonferenz von 1959 war dem Weltraumfunk erst ein Prozent des gesamten Spektrums zugeteilt worden.

Fast die Hälfte der neuverteilten Wellen entfällt auf die Nachrichtensatelliten. Man war sich in Genf darüber einig, dass ihre grosse Zukunft erst noch anbrechen wird, vor allem dann, wenn es einmal gelingt, Rundfunk- und Fernsehsendungen über die Satelliten direkt ins Haus zu übertragen, ohne dass sie von Boden-Empfangsstationen erst noch einmal verstärkt werden müssen. Ein Ausschuss der Internationalen Fernmelde-Union wird die technischen Möglichkeiten solcher Direktübertragungen im einzelnen untersuchen. Um das Jahr 1980, so hiess es in einem amerikanischen Vorschlag, dürften Nachrichtensatelliten schon etwa zwei Drittel des gesamten weltumspannenden Fernmeldeverkehrs bewältigen, während den herkömmlichen Funk- und Kabelverbindungen das andere Drittel verbleibt.

Die übrigen Frequenzen der neuen Liste verteilen sich in scheinbar buntem Durcheinander auf die verschiedensten Gebiete der Weltraumtechnik und -forschung: Wettersatelliten, Navigationssatelliten und Forschungssatelliten beanspruchen diese Wellen für die Übermittlung von Informationen, die Bahnverfolgung und die Kommandosignale. Auf dem Programm der Weltraumforschung der nächsten Jahre haben die Amerikaner in Genf eine Reihe grosser Projekte angekündigt. Sie wollen allein 1964—65 an die zwanzig geophysikalische Satelliten-Observatorien um die Erde schicken, die zugleich auch Aufschluss über die Gefahren des bemannten Raumfluges bringen sollen.

Nicht zuletzt können auch die Radioastronomen aufatmen. Für sie sind in Genf jene Frequenzen freigehalten worden, auf denen sie mit den grossen Radioteleskopen die unsichtbare Radiostrahlung aus der Tiefe des Kosmos einfangen. Ihre Auswertung erlaubt es, das Werden und Vergehen ferner Sternenwelten zu beobachten, die für die Astronomen nicht mehr erkennbar sind.

Genf war in den letzten Jahren oft das Podium zähflüssiger internationaler Debatten mit manchmal unversöhnlichen politischen Gegensätzen. Die jetzige Weltraumfunk-Konferenz sah die früheren Kontrahenten jedoch einig — in einem Geist der Harmonie und der Zusammenarbeit.

---

verteilt werden. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was die Sicherheit der näheren Zukunft und der nächsten Generation wert ist und die Behandlung dieser Frage unabhängig stellen von Tagesproblemen und Opportunitäten. Diese schwerwiegende Beantwortung nimmt aber der politisch führenden Schicht des Landes niemand ab.

Wieviel Zeit wir für die eigene Sicherheit noch haben, wissen wir nicht sehr genau. Aber allzuviel wird es nach den politischen Anzeichen nicht sein. Wieviel Zeit wir uns dafür nehmen, hängt aber nur von uns ab.